

Dafür, dass Abgeordnete von der Fraktionsdisziplin abweichen, gibt es aber auch noch andere Gründe. Wenn eine Partei sich nach Koalitionsverhandlungen zu sehr von ihren Standpunkten und Wahlversprechen entfernt, kann es ebenfalls passieren, dass sich Abgeordnete von ihr abwenden – um selbst der alten Linie treu bleiben zu können. Schadet ein Direktkandidat seinem Wahlkreis, indem er die Linie der Partei unterstützt, stimmt er womöglich ebenfalls gegen die Mitstreiter – um seinen Rückhalt bei den Wählern nicht zu verlieren. Wenn sich ein Politiker in solchen Situationen gegen die Fraktionsdisziplin stellt, kann

er bei den Wählern möglicherweise sogar punkten. Stellt sich ein Abgeordneter aber immer wieder gegen die Linie der Partei, muss er damit rechnen, dass seine Partei seine Wiederwahl nicht unterstützt. Denn: Nicht nur die Abstimmungen können dann denkbar knapp werden, auch das Image der Partei nimmt Schaden. Bei "fraktionsschädigendem Verhalten" ist es auch möglich, den Abgeordneten aus der Fraktion auszuschließen.

Interview

Werner Kalinka

Im Dezember 2010 stand im Plenum die Abstimmung zum Doppelhaushalt für die Jahre 2011/2012 auf der Tagesordnung. Das Thema entwickelte sich zu einer Bewährungsprobe für die schwarz-gelbe Regierungskoalition: CDU-Politiker Werner Kalinka hatte fraktionsintern angekündigt, gegen den Haushaltsplan zu stimmen, weil er einzelne Sparbeschlüsse nicht unterstützen wollte. Erst am Tag vor der Entscheidung lenkte er ein – nachdem ihm die Regierungskoalition entgegengekommen war.

* PR-Veranstaltung bedeutet sinngemäß Werbeveranstaltung

WERNER KALINKA: "DAS WAR KEINE PR-VERANSTALTUNG*"

Herr Kalinka, vor der Haushaltsabstimmung im Plenum haben Sie gedroht, der Regierungskoalition Ihre Zustimmung zu verweigern. Was hat Sie dazu veranlasst? Die Balance im Haushaltsplan hat nicht gestimmt. Es gab wichtige Punkte – beim Blindengeld, der Justizvollzugsanstalt (JVA) Flensburg oder der Küstenschutzabgabe beispielsweise – mit denen ich in der vorgelegten Fassung einfach nicht einverstanden war. Da muss man sich dann entscheiden, was man mitmacht.

... bei einer Regierungsmehrheit von nur einer Stimme im Parlament.

Ich habe mir diese Ein-Stimmen-Mehrheit nicht ausgesucht. Man muss sich immer im Klaren sein: Das Votum kann das Land verändern und es kann auch bundesweit Dinge ins Rollen bringen. Ich bin damals zu dem Ergebnis gekommen, dass man die Knappheit der Stimmen in seine Meinung einbeziehen muss, aber sie darf nicht das allein ausschlaggebende Kriterium sein.

Mit Ihrem öffentlichen Protest haben Sie die Koalition in eine missliche Lage gebracht. Wäre es nicht möglich gewesen, den Konflikt hinter verschlossenen Türen auszutragen?

Mir war schon vorher bewusst, was auf mich zukommen würde. Das hat mir auch schlaflose Nächte bereitet. Es war so: Plötzlich berichtete die Presse, dass die Entscheidung zu den Haushaltsempfehlungen nicht einstimmig durch die Fraktion erfolgt war. Schlagartig entstand dieses enorme öffentliche Interesse. Ich bin zunächst defensiv aufgetreten. Aber Demokratie heißt auch Transparenz. Ohne die Öffentlichkeit kann man sich nur schwer für seine Ziele einsetzen. Irgendwann kann man die Medien nicht mehr außen vor lassen. Man muss aber aufpassen, dass man sich nicht von der öffentlichen Meinung leiten lässt. Mein Urteil habe ich schließlich rational getroffen.

Wie haben denn Ihre Parteikollegen reagiert? Und Ihr Wahlkreis?

Es war ein ungeheuer großer Druck.
Meine politische Motivation hat aber
niemand von meinen Parteikollegen in
Abrede gestellt – jedenfalls nicht mir
gegenüber. Es war aber auch ein längerer
Prozess, der Konflikt ist ja nicht von heute
auf morgen entstanden. Die HaushaltsStrukturkommission hatte uns am 25.
Mai 2010 ihre Empfehlungen – zum Teil
bis 2020 – vorgelegt, über die die Koalitionsfraktionen an dem Tag entscheiden

sollten, und erst im Dezember war der Haushalt im Plenum zu entscheiden. Ich habe Zeit gehabt, mich innerlich darauf vorzubereiten. Am 24. Mai habe ich in einer kleinen Kirche auf Usedom für meinen inneren Frieden als Abgeordneter gebetet und Kraft gesammelt. In meinem Wahlkreis konnte ich mich über mangelnde Akzeptanz nicht beschweren, es gab viele Sympathien und Aufforderungen, durchzuhalten. Viele Wähler haben gelobt, dass im Parlament doch nicht nur alles abgenickt wird. Es war klar: Das ist keine PR-Veranstaltung, die da abläuft. Das war eine politische Herzenssache.

Damit haben Sie die Koalition auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. War es das wert?

Haushaltsdebatten spitzen sich immer zu – man kann nicht über 50 Themen gleichzeitig diskutieren. Das Blindengeld, der Küstenschutz und die JVA standen exemplarisch für ganze Politikfelder. Für mich galt: An diesen Punkten muss sich was ändern. Das Ergebnis stimmte. Die Dinge sind anders aus dem Parlament gekommen, als die Regierung sie reingegeben hat. Es hat sich also tatsächlich etwas

durch das Parlament verändert. Dies und die Reaktion der Wähler haben mir gezeigt, dass der Weg der richtige war. Bei der Küstenschutzabgabe hat später auch die FDP heftige Kritik geäußert; die Abgabe wird neu geprüft. Beim Thema JVA hat der Petitionsausschuss sich eingeschaltet, die mögliche Schließung ist vertagt. Die Taubblinden werden bei den Kürzungen ausgespart. Beim Blindengeld hoffe und erwarte ich, dass auf Bundesebene etwas passiert. Es ist also Bewegung in die Themen gekommen.

Haben Sie keine Konsequenzen durch Ihr Verhalten als "Querläufer" befürchtet? Im Zweifel gehen Ihre Parteikollegen bei der nächsten Landtagswahl auf Nummer sicher – stellen Sie nicht noch einmal als Direktkandidaten auf oder setzen Sie auf einen noch aussichtsloseren Listenplatz (zuletzt Platz 26). Sowas ist natürlich immer möglich, aber ich habe davon meine Entscheidung nicht abhängig gemacht. Ich habe es in meinem politischen Leben stets versucht so zu halten, dass ich meinen Überzeugungen nicht untreu werde.

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Koalitionspartner Wolfgang Kubicki haben gegenüber der Presse geäußert, dass sie nicht daran glauben, dass die Mehrheit im Plenum tatsächlich platzt. Das wirkt so, als sei Ihre Stimmverweigerung nur eine leere Drohung gewesen. Ich sehe derzeit keinen Anlass, das genauer zu kommentieren. Ich kann dazu nur sagen: Ein Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und mir einige Tage vor der entscheidenden Plenardebatte ging ohne Ergebnis zu Ende.

Das alles klingt, als würden Sie sich jederzeit wieder so verhalten.

Ja, ich würde das wieder tun, wenn es die Situation erfordert. Was ich nicht hoffe.

Fragen

- Beschreiben Sie den Unterschied zwischen einer Partei und einer Fraktion im Parlament.
- Was hat den Abgeordneten Werner Kalinka dazu bewegt, sich in der Haushaltsdebatte gegen seine Fraktion zu stellen?
 Nehmen Sie Stellung.
- Erörtern Sie die Vor- und Nachteile der Fraktionsdisziplin. Welche demokratischen Chancen und Gefahren sehen Sie?
- Erkundigen Sie sich anhand von Pressemitteilungen auf den Websites der Fraktionen über ein aktuelles Thema und vergleichen Sie die Positionen.

